

Russlandpolitik

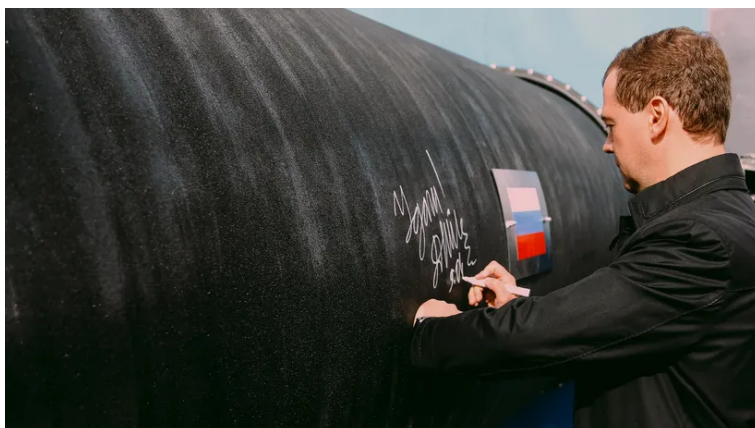
Untersuchungsausschuss jetzt!

Immer wieder neue Enthüllungen und peinliche Rechtfertigungen um Nord Stream 2: Wenn die deutsche Politik die Zeitenwende ernst meint, muss sie aufarbeiten, was war.

Ein Kommentar von **Christian Bangel**

10. April 2022, 17:03 Uhr / [511 Kommentare](#) /

ARTIKEL HÖREN



Der damalige russische Präsident Dmitri Medwedew schreibt "Viel Glück!" auf ein Rohr der ersten Ostseepipeline Nord Stream. Vyborg, 9.4.2010 © Alexander Demianchuk/Reuters

46 Tage dauert der russische Angriffskrieg auf die Ukraine – und gerade erst so lange müssen sich Politiker in Deutschland wirklich dafür rechtfertigen, fragwürdige Geschäfte mit dieser Diktatur eingefädelt oder befürwortet zu haben. Und schon jetzt wünscht man sich beim Lesen all der Enthüllungen und Rechtfertigungen, das alles wäre nicht wahr.

Das Allerneueste: Die Nord Stream 2 AG, Tochter des russischen Staatskonzerns Gazprom, nahm bei der Gründung der fragwürdigen Klima- und Umweltstiftung in Mecklenburg-Vorpommern offenbar massiv Einfluss auf die dortige Landesregierung. Mitarbeiter der Pipelinegesellschaft, so zeigen Dokumente, aus denen die *Welt am Sonntag* zitierte [<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus238086779/Klimastiftung-Wie-sich-Schwesig-von-Nord-Stream-2-einspannen-liess.html>], konnten dem damaligen Energieminister Christian Pegel (SPD) offenbar nach Belieben Passagen in die

Satzung der Stiftung hineinredigieren. Nord Stream 2 soll zudem verlangt haben, seine Mitarbeiter in Hintergrundgesprächen der Landesregierung mit Journalisten heimlich zuhören zu lassen.



**CHRISTIAN
BANGEL**

*Redakteur im Ressort
Politik, Wirtschaft,
Gesellschaft*

Die servile Selbstverständlichkeit, mit der Landesminister Pegel die Vorgaben des Konzerns an den Staatskanzleichef weitergab, ist genauso beklemmend wie die freundliche Bestimmtheit, mit der Nord-Stream-2-Vertreter ihre ungeheuerlichen Forderungen an die Politiker mailten. "Ich würde mich sehr freuen, baldmöglichst Ihre Wordings zu bekommen", schrieb der Nord-Stream-PR-Mann an einer Stelle, "Inkonsistenz in den Aussagen und andere Diskrepanzen sollten wir dann gleich morgen früh diskutieren und zügig abstellen." Der Putin-Staat klingt wie ein (noch) freundlicher Chef.

20 Millionen Euro hatte die Gazprom-Tochter der Klimastiftung damals zur Verfügung gestellt. Das ist nicht wenig Geld, aber es ist für den Etat eines Bundeslandes auch nicht unglaublich viel. Es reicht offenbar dennoch aus, um deutsche Landesregierungen herumzukommandieren.

Eine Bereitschaft zur finanziellen oder moralischen Korruption

Der Vorgang ist der x-te Hinweis darauf, dass es nicht nur sentimentale politische Fehleinschätzungen gewesen sein können, die deutsche Politiker dazu brachten, Russland als hinreichend vertrauenswürdig einzustufen, um sich in eine existenzielle Abhängigkeit von ihm zu begeben, sondern dass es ein tieferes Problem gibt: eine Bereitschaft zur finanziellen oder moralischen Korruption, dazu die eitle, dumme Annahme, dass man einen Putin schon irgendwie kennt, irgendwie vorausberechnen kann.

Wichtige Teile der deutschen Politik haben sich im Umgang mit dem Weltgeschehen als zu klein erwiesen. Deutschland hat sich gegen den Rat fast aller seiner Verbündeten in die Arme einer militaristischen Autokratie getrieben und schaut man sich die nachlässigen bis trotzigsten Reaktionen der Verantwortlichen an, ist es noch nicht mal sicher, dass es beim nächsten Mal besser laufen wird.

Es gibt bis heute nur eine einzige Person, die sich einigermaßen überzeugend und konsequent von ihrem falschen Russlandverständnis von vor der Invasion distanziert hat, und das ist Matthias Platzeck, der sich erst entschuldigte, dann von seinem Posten als Chef des Deutsch-Russischen Forums zurücktrat [<https://www.rbb24.de/politik/thema/Ukraine/beitraege/platzeck-brandenburg-ruecktritt-vorstandsvorsitz-deutsch-russisches-forum.html>] und sich seitdem

nicht mehr äußert.

Kultur der nachträglichen Teilzerknirschung

Ansonsten sind all die noch da, die noch vor Kurzem behaupteten, die Geschäfte mit Russland dienten dem Frieden, teils mit ungebrochenem Selbstbewusstsein. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) etwa scheint offenbar zu glauben, dass sie mit einer kompletten Schubumkehr die Erinnerung an die Rolle ihrer Landesregierung im Umgang mit Gazprom einfach tilgen kann [<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Schwesig-Festhalten-an-Nord-Stream-2-war-Fehler,regierungserklaerung248.html>]. Oder kennen Sie das Bild von Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, wie er mit durchgestrecktem Rücken in Moskau sitzt, ganz stolz, mit dem großen Wladimir Putin am Telefon sprechen zu dürfen [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-04/michael-kretschmer-russland-besuch-wladimir-putin-corona-impfstoff-sputnik>]? Seit der russischen Invasion behauptet er zwar, er wolle sich mit so jemandem "nicht an einen Tisch setzen" [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-02/michael-kretschmer-sachsen-russland-sanktionen-nord-stream-2>], verlangt aber trotzdem eine "wirtschaftliche Verflechtung" mit Russland [<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/russland-michael-kretschmer-verteidigt-verflechtungen-trotz-ukraine-krieg-a-e0faf1f1-ca09-4331-80a1-ddb228f7353f>].

"Wie andere auch geirrt"

Diese Kultur der nachträglichen Teilzerknirschung zieht sich bis ganz nach oben. Man kann es schon fast arrogant nennen, wie Altkanzlerin Angela Merkel – auch sie und der heutige Kanzler Olaf Scholz (SPD) waren in die Gründung der Klimastiftung eingeweiht [<https://www.welt.de/politik/deutschland/article238085835/Merkel-und-Scholz-wussten-von-Grundung-der-Gazprom-Stiftung.html>] – eine öffentliche Erklärung ihrer Politik bis heute ablehnt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier spricht zumindest darüber, aber er verallgemeinert seine Fehler im Umgang mit Russland ("wie andere auch geirrt" [<https://www.spiegel.de/politik/frank-walter-steinmeier-raeumt-erstmal-fehler-in-russland-politik-ein-a-0ecac4da-3d8c-4abf-ba63-2be5ed24cb5d>])). Und Sigmar Gabriel, der als Wirtschaftsminister kurz nach der Annexion der Krim dem Verkauf der größten deutschen Gasspeicher an Russland zustimmte [https://www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft/article126196980/Gasspeicher-Verkauf-an-Gazprom-ist-unbedenklich.html], spielt heute noch den besonnenen Weltstrategen [https://www.youtube.com/watch?v=_pqm7uVg_vo], statt sich zu entschuldigen.

Gut möglich, dass Putin bald die Option ziehen wird, den Krieg einzufrieren,

um Ressourcen für den nächsten Schlag aufzubauen. Dann wird die Lage vorübergehend ruhiger erscheinen, ohne wirklich beruhigt zu sein. Wie lange wird es dauern, bis mental oder finanziell korrumpierbare deutsche Politiker dann wieder von Dialog sprechen, aber schmutzige Geschäfte auf Kosten unserer Nachbarn meinen?

Wenn Deutschland wirklich auf der Welt Verantwortung übernehmen soll, muss es künftig besser gelingen, Profitinteressen von Politik zu unterscheiden. Es muss verhindert werden, dass die deutsche Politik nichts daraus lernt, dass sie versagt hat.

Der beste Weg dorthin wäre das, was jetzt in Mecklenburg-Vorpommern gerade beginnt: ein Untersuchungsausschuss. Die Aufklärung des russischen Einflusses darf nicht daran scheitern, dass frühere Regierungschefs sich nicht äußern wollen oder sich nur über LinkedIn erklären mögen. Und sie sollte auch nicht nur eine Aufgabe für investigativ arbeitende Medien sein.

Die selbstzufriedenen Merkel- und Schröder-Jahre sind vorbei, in den Scholz-Jahren wird Deutschland etwas gutzumachen haben. "Man hat uns für dumm gehalten", sagte kürzlich der frühere polnische Außenminister Radek Sirkorski [<https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-02/radoslaw-sikorski-polen-verteidigungspolitik-russland-ukraine-krieg-interview>] mit Blick auf die deutsche Russlandpolitik dieser Jahre. "Lassen Sie mich das ganz klar sagen: Diese herablassende Art werden wir nicht mehr hinnehmen."

Wir Deutschen selbst sollten das auch nicht mehr hinnehmen. Das wäre ein erstes Zeichen, dass die Scholz-Jahre tatsächlich so etwas wie eine Zeitenwende bedeuten.